



Vom Ziel her denken: Schlussfolgerungen für das Energiekonzept der Bundesregierung

Die Szenarienanalyse zeigt, dass das Ziel einer Verringerung der Treibhausgase in Deutschland um 80 bis 95 % bis 2050 im Vergleich zu 1990 zu erreichen und dies zu volkswirtschaftlich akzeptablen Kosten möglich ist. Klar ist allerdings auch, dass dies nicht ohne zusätzliche energiepolitische Maßnahmen gelingen kann, da die jetzigen gesetzlichen Vorgaben nicht ausreichen und die Rahmensetzung insgesamt zu kurz greift.

Für das von der Bundesregierung vorzulegende Energiekonzept sollte gelten, dass es neben der Frage des mittelfristigen Energie-Mixes den Weg in Richtung einer Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien definieren und aufzeigen sollte. Zudem sollte es klare Ziele und Maßnahmenkataloge für den Ausbau der Stromnetze und -speicher, zur Steigerung der Energieeffizienz und für den Gebäude- und Verkehrsbereich enthalten. Das Erreichen ehrgeiziger Ziele um die Jahrhunderthälfte verlangt Weichenstellungen heute.

Als Schlussfolgerungen aus dem Vergleich der Szenarien formuliert Germanwatch folgende Forderungen an ein zukünftiges Energiekonzept.

Notwendig sind in erster Linie klare Rahmensetzungen, die Investitionssicherheit in gewünschter Richtung schaffen, wie etwa eine stetige Steigerung der Energiepreise sowie Ziele und Maßnahmenkataloge für folgende Bereiche:

1. Festhalten am Atomausstieg und Verzicht auf den Neubau von Kohlekraftwerken

- Eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke steht ökonomisch und zum Teil auch technisch von Jahr zu Jahr in wachsendem Widerspruch zum massiven Ausbau von Erneuerbaren Energien und Effizienzmaßnahmen. Die Forderung nach Abschaffung des Vorrangs der Einspeisung von erneuerbarem Strom ist als nächste Kampagne der EVUs dann abzusehen.
- Mit dem notwendigen dynamischen Ausbau von Erneuerbaren Energien ist der Neubau von Kohle- und Braunkohlekraftwerken in Deutschland nicht vereinbar. Kraftwerke, die ökonomisch auf 7000 bis 8000 Stunden Laufzeit pro Jahr ausgelegt sind, blockieren den Umbau zu einem Energiesystem, das immer stärker und bis 2050 ganz auf fluktuierenden Erneuerbaren Energien basiert. Das gilt für Kohlekraftwerke mit und ohne CCS. Der Neubau von Kohlekraftwerken ohne CCS ist zudem mit den notwendigen ehrgeizigen Klimazielen nicht vereinbar.



2. Ausbau der Erneuerbaren Energien

- Es wäre sinnvoll - im Rahmen einer "Zero-Carbon-Strategie" das Ziel einer Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien bis zur Mitte des Jahrhunderts festzuschreiben. Um die notwendige Sicherheit für Gesellschaft und Investoren zu schaffen, sollte die Bundesregierung verbindliche Zwischenziele für 2020 (40 %), 2030 (60 %) und 2040 (80 %) festlegen.
- Es sollte das klare Signal gegeben werden, dass es eine stetige Förderung der Erneuerbaren Energien geben wird. Die Förderung pro Kwh sollte dabei bei Neuanlagen stetig sinken. In der Zukunft sollten zeitabhängige Fördersätze geprüft werden.
- Zentral ist es, die Vorrangregelung für Erneuerbare Energien im EEG zu erhalten.

3. Förderung und Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen

- Im Bereich der Elektrogeräte sollte die Bundesregierung ein Top-Runner-Programm für Elektrogeräte einführen.
- Die Energie-Standards für Altbauten sollten nicht nur erhöht, sondern zwingend mit ausreichenden, gezielten und stabilen (!) Förderprogrammen begleitet werden. Durch die dadurch erzielten Wirtschafts- und Arbeitsplatzeffekte werden als Nebeneffekt über die Fördersumme hinausreichende Steuereinnahmen erzielt.
- Eine Effizienzsteigerung im Verkehr ist zwingend. Dies gilt übrigens auch bei Umstieg auf Elektromobilität, um die Stromnachfrage zu begrenzen. Eine grundlegende Schwäche aller betrachteten Szenarien ist, dass sie keine ambitionierten Szenarien für den Ausbau des Umweltverbandes (öffentlicher Verkehr, Fahrrad, Fußgänger v.a. in der Stadt) betrachten.
- Die Einführung eines Energieeffizienzmarktes sollte geprüft werden.
- Immer wichtiger wird, die Maßnahmen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und der Stromnetze auch nach dem Gesichtspunkt der Steigerung der Ressourceneffizienz zu optimieren.

4. Der Ausbau der Stromnetze und -speicher und das Schaffen von Anreizen für eine bessere Integration der Erneuerbaren Energien in das deutsche und europäische Stromnetz

- Es gilt eine deutlich stärkere Integration regionaler und nationaler Strommärkte im Rahmen eines europäischen Stromverbundnetzes zu schaffen, um die Potenziale Erneuerbarer Energien in ganz Europa zu nutzen und den notwendigen Bedarf an Regelenergie für Erneuerbare Energien bereitstellen zu können. Hierfür notwendig sind:
 - Grundlegend ist es, europäische, nationale und regionale Netzausbauszenarien zu erstellen, die u.a. am massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien orientiert sind.
 - Wichtig in diesem Zusammenhang ist die Kapazitätserweiterung innereuropäischer Stromleitungen und Kuppelstellen.



- EU-weit sollten Marktregeln und Netzstandards angeglichen werden, um bislang stark differierende Arbeitsbedingungen von Netzbetreibern und Regulierungsbehörden zu harmonisieren.
- Das gesamte Übertragungsnetz kann deutlich besser ausgenutzt werden, z.B. durch neue Übertragungstechniken, Leiterseilmonitoring, intelligentes Lastmanagement, Speicher, etc.
- Der Aufbau von so genannten "Smart Grids" ist wichtig für die Gewährleistung einer effizienten Nutzung der vorhandenen Netzinfrastruktur und zur Weitergabe von Anreizen, Strom dann zu nutzen, wenn viel Strom im Netz ist.

5. Im Verkehrsbereich

- Regelmäßig und absehbar sollten Effizienzstandards für PKW und LKW verschärft werden (auch für Elektroautos, um die Stromnachfrage zu begrenzen).
- Instrumente zur Integration der externen Kosten des Verkehrs wie Mautsysteme sollten ausgebaut werden.
- Steuerliche Anreize für umweltschonende Fahrzeuge sind wichtig.
- Es bedarf heute erheblicher Weichenstellungen, wenn der Personen-Schienenverkehr schrittweise ausgebaut und Güterverkehr vermehrt auf die Schiene verlagert werden soll. Dies bedeutet erhebliche Investitionen in neue Schieneninfrastruktur und Lärmschutz.
- Für den Flugverkehr sollten schrittweise schärfere Ziele im Emissionshandel festgelegt werden. Der internationale Flug- und Schiffsverkehr sollte zudem international mit einer Kerosin-Abgabe belegt werden, um zur Internationalen Klimafinanzierung beizutragen.

6. Maßnahmen zur Senkung der industriellen Prozessemissionen

- Für die industriellen Prozessemissionen (vor allem in der Zement- und Stahlindustrie) ist bisher nur die Abscheidung und geologische Tiefenlagerung von CO₂ als Option sichtbar. Allerdings muss geprüft werden, ob z.B. beschichtete Carbonfaser sowohl Zement als auch Stahl in wichtigen Einsatzgebieten ersetzen kann. Die Politik muss aktiv Vorsorge treffen, dass solche möglichen Alternativen ernsthaft geprüft und - wenn sinnvoll - zügig in den Markt eingeführt werden.

7. Die Ziele für Klimaschutz und Erneuerbare Energien sowie ein kontinuierliches Verfahren für die Fortschreibung der Klimapolitik, um die Ziele zu erreichen, sollte in einem Klimaschutzgesetz (im Bund und in den Bundesländern) bis 2050 festgeschrieben werden.